

Länderinformationsblatt der Staatendokumentation



Sierra Leone

Gesamtaktualisierung am 4.3.2025

Das gegenständliche Produkt der Staatendokumentation des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde gemäß den vom Staatendokumentationsbeirat beschlossenen Standards und der Methodologie der Staatendokumentation erstellt.

Ein Länderinformationsblatt (LIB) der Staatendokumentation ist ein COI-Dokument, das beruhend auf den Bedürfnissen im Verfahren des Asyl- und Fremdenwesens (RD, EASt, ASt, BVwG) mittels Recherche von vorhandenen, vertrauenswürdigen und vorrangig öffentlichen Informationen gemäß den Standards der Staatendokumentation erstellt wird. Ein LIB gibt eine **einzelfallunabhängige Darstellung** über die Lage betreffend relevanter Tatsachen in Herkunftsländern bzw. in EU-Mitgliedsstaaten.

Die LIB dienen den Bedarfsträgern der Instanzen des Asyl- und Fremdenwesens. Für sie gilt § 5 Abs. 5 letzter Satz BFA-G, d.h. sie sind als solche nicht Teil der allgemein zugänglichen, öffentlichen Staatendokumentation. Sie werden aber durch Verwendung im Verfahren (Parteiengehör, Verwendung im Bescheid) der jeweiligen Partei zugänglich und durch Verwendung im Bescheid öffentlich gemacht.

Dieses Produkt ist als Arbeitsbehelf für österreichische Behörden und Gerichte entwickelt worden. In diesem Sinne stehen Lesbarkeit, flexible Nutzbarkeit und einfache Verwertbarkeit in Entscheidungen im Vordergrund. Grundsätzlich wird jede Information mit mindestens einer Quelle belegt; aus vorgenannten Gründen wird jedoch auf die Hervorhebung von Originalzitaten verzichtet – nicht zuletzt auch deshalb, weil sich daraus für die Entscheidungsfindung kein Mehrwert ergibt.

Das gegenständliche Produkt erhebt bezüglich der zur Verfügung gestellten Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus dem vorliegenden Produkt ergeben sich keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Verfahrens. Das LIB stellt keine allgemeine oder individuelle Entscheidungsvorgabe dar. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation oder des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl gewertet werden.

Zugunsten der besseren Les- und Verwendbarkeit wird im vorliegenden Produkt auf eine genderneutrale Schreibweise verzichtet. So nicht explizit angemerkt, sind immer alle Geschlechter gemeint.

Qualitäts- und Aktualisierungshinweis

Das LIB beinhaltet Arbeitsübersetzungen fremdsprachiger Quellen. Auswahl, Verwertung und Verwendung von Informationen im vorliegenden Produkt unterliegen dem Qualitätsmanagement der Staatendokumentation.

Eine Aktualisierung des LIB erfolgt bei gegebenem Bedarf auf Anfrage. Die Aktualität der verwendeten Quellen wird seitens der Staatendokumentation überprüft. Daher können auch im LIB verwendete Quellen älteren Datums als inhaltlich aktuell erachtet werden.

Länderspezifische Anmerkungen

Inhaltsverzeichnis

1. Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen.....	5
2. Politische Lage.....	5
3. Sicherheitslage.....	8
4. Rechtsschutz / Justizwesen.....	9
5. Sicherheitsbehörden.....	10
6. Folter und unmenschliche Behandlung.....	11
7. Korruption.....	11
8. NGOs und Menschenrechtsaktivisten.....	12
9. Wehrdienst und Rekrutierungen.....	13
10. Allgemeine Menschenrechtslage.....	14
11. Meinungs- und Pressefreiheit.....	15
12. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Opposition.....	17
13. Haftbedingungen.....	18
14. Todesstrafe.....	19
15. Religionsfreiheit.....	19
16. Minderheiten.....	20
17. Relevante Bevölkerungsgruppen.....	21
17.1. Frauen.....	21
17.2. Kinder.....	22
17.3. Homosexuelle/Sexuelle Minderheiten.....	24
18. Bewegungsfreiheit.....	25
19. Grundversorgung und Wirtschaft.....	26
20. Medizinische Versorgung.....	27
21. Rückkehr.....	28

1. Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen

Keine aktuellen Kurzinformationen vorhanden.

2. Politische Lage

Das politische Klima Sierra Leones ist durch weitgehend gewaltfreie Spannungen zwischen der Regierungspartei Sierra Leone People's Party (SLPP) und der Oppositionspartei All People's Congress (APC) gekennzeichnet (AA 23.1.2025). Seit mehr als 60 Jahren wird das Land von den beiden Parteien dominiert, die sich abwechselnd an der Macht befinden. Zwar haben in den letzten 15 Jahren neue politische Gruppierungen an den Wahlen teilgenommen, ihr Einfluss bleibt jedoch gering (KAS 10.7.2023). Seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 2002 finden regelmäßig Mehrparteienwahlen statt. Demonstranten und Oppositionsparteien haben mit Polizeigewalt und Versammlungseinschränkungen zu kämpfen (FH 25.4.2024).

Im Jahr 2018 gewann Julius Maada Bio von der SLPP die Präsidentschaftswahlen, die von einer hohen Wahlbeteiligung geprägt waren, obwohl es Vorwürfe der Einschüchterung von Wählern gab (BS 2024). Am 24. Juni 2023 gewann Bio erneut die Präsidentschaftswahlen, obwohl Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden, die die Integrität der Ergebnisse in Frage stellten (BS 2024; vgl. USDOS 23.4.2024, AI 24.4.2024). Kontroversen um eine mangelnde Transparenz beim Auszählungsprozess (FH 25.4.2024; vgl. AI 24.4.2024) und die damit verbundene umstrittene Glaubwürdigkeit der Wahlen hat die Legitimität des Amtsinhabers in einigen Teilen der Bevölkerung untergraben (FH 25.4.2024). Es gab Berichte über Drohungen gegen und Einschüchterungsversuche von angeblichen Anhängern der Regierungspartei bei einigen Kundgebungen der oppositionellen APC (USDOS 23.4.2024). Nach einer Zuspitzung im Kontext der Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen im Juni 2023 hat sich die innenpolitische Lage seit Juli 2024 jedoch merklich entspannt (AA 23.1.2025).

Neben dem Präsidentenamt standen auch 493 Sitze für Kommunalvertreter und 135 Sitze für Parlamentarier zur Wahl (KAS 10.7.2023). Traditionelle Häuptlinge und religiöse Führer üben Einfluss auf die Wähler aus, ebenso wie zunehmend prominente Aktivisten in den sozialen Medien. Lokale Eliten der beiden großen Parteien kontrollieren die Auswahl der Parlamentskandidaten (FH 25.4.2024).

Im Vorfeld der Wahlen beklagten Oppositionsführer und zivilgesellschaftliche Organisationen, dass die Polizei routinemäßig Genehmigungen von präsidentenkritischen Protesten verweigert (USDOS 23.4.2024; vgl. BS 2024). Ferner reagierte die Polizei 2023 auch mit unverhältnismäßiger Gewalt auf Proteste und setzte Tränengas und Gummigeschosse ein, um Kundgebungen während der Wahlperiode gewaltsam aufzulösen (FH 25.4.2024). Am 21. Juni 2023 ging die Polizei mit übermäßiger Gewalt gegen mehr als 100 Menschen vor dem Hauptquartier der Oppositionspartei

All People's Congress (APC) in Freetown vor, die gegen angebliche Unregelmäßigkeiten im Wahlprozess protestiert haben (AI 24.4.2024; vgl. FH 25.4.2024). Am 13. Juni 2023 wurden in Freetown mindestens acht Demonstranten wegen einer "rechtswidrigen Demonstration zur Störung des öffentlichen Friedens" festgenommen. Sie forderten die Offenlegung der Daten der Wählerregistrierung und den Rücktritt des obersten Wahlleiters (AI 24.4.2024). Das APC-Hauptquartier in Freetown wurde am 25. Juni von Sicherheitskräften umstellt, die mit scharfer Munition und Tränengas in das Gebäude feuerten, in dem sich APC-Anhänger zu einer Pressekonferenz nach der Wahl versammelt hatten, auf der Kamara angeblich die Prognosen über seine Niederlage zurückweisen wollte (FH 25.4.2024; AI 24.4.2024). Eine andere Quelle berichtet, dass es bei den Kundgebungen der Opposition vor den Wahlen im Juni 2023 in einigen Fällen zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei sowie zwischen Anhängern der Opposition und der SLPP gekommen ist (FH 25.4.2024).

Medienberichten zufolge wurde bei dem Vorfall eine Frau schwer verletzt (FH 25.4.2024). Ein Demonstrant starb angeblich an einer Schusswunde, für die die Polizei die Verantwortung bestritt. Sechshundsechzig Demonstranten wurden anschließend verhaftet (AI 24.4.2024). Die EU-Wahlbeobachtungsgruppe berichtete, dass die Behörden über die verfassungsmäßigen Grenzen hinaus während der Wahlen im Juni und der anschließenden Proteste willkürliche Verhaftungen und Festnahmen von Anhänger der APC durchführten (USDOS 23.4.2024).

Der gewählte Präsident und das Parlament bestimmen in der Regel die Politik der Regierung, aber mehr Macht hat die Exekutive. Der Präsident wird vom Volk für bis zu zwei fünfjährige Amtszeiten gewählt (FH 25.4.2024). Für die Präsidentschaftswahl traten dreizehn Kandidaten an, doch das Rennen wurde zwischen Amtsinhaber Julius Maada Bio (SLPP), der seine Wiederwahl für eine zweite und letzte fünfjährige Amtszeit gemäß der Verfassung von Sierra Leone anstrebte, und dem ehemaligen Außenminister Dr. Samura Kamara (APC), ausgetragen (KAS 10.7.2023). Laut offiziellen Ergebnissen erhielt Präsident Bio 56,2 % der Stimmen und konnte so einen Sieg in der ersten Runde erringen und eine Stichwahl vermeiden. Die APC lehnte die offiziellen Wahlergebnisse ab und beschuldigte die Regierungspartei, die Abstimmung manipuliert zu haben. Bio wurde wenige Stunden nach der Bestätigung seines Sieges durch die Wahlkommission vereidigt (FH 25.4.2024).

Der Oberste Gerichtshof hatte Ende Jänner 2023 die Entscheidung der Wahlkommission gebilligt, bei den Parlamentswahlen das Verhältniswahlrecht einzuführen (KAS 10.7.2023). Die Parlamentswahlen finden zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen alle fünf Jahre statt. Sowohl internationale als auch einheimische Wahlbeobachter äußerten Bedenken hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Wahlergebnisse (FH 25.4.2024).

Das Einkammerparlament besteht aus 135 Abgeordneten, die vom Volk nach dem Verhältniswahlrecht auf Distriktebene gewählt werden. Vierzehn zusätzliche Sitze sind für indirekt

gewählte Paramount Chiefs aus den 14 Provinzdistrikten (außer Freetown) reserviert. Nur die SLPP und die APC sind im Parlament vertreten, nachdem 2022 eine Eintrittshürde von 11,9 % eingeführt wurde, die die Chancen kleinerer Parteien und unabhängiger Kandidaten auf einen Sitz verringert hat (FH 25.4.2024).

Auch bei den Parlaments- und Kommunalwahlen gewann die SLPP von Präsident Bio 60 % der 135 Sitze und ist damit mit 81 Sitzen vertreten. Der APC gewann 54 Sitze, d.h. 40 %, und verlor seine parlamentarische Mehrheit. Die SLPP konnte im Distrikt Kono und im oppositionellen Kernland im Norden und Westen, insbesondere in der Hauptstadt Freetown, zulegen. Der APC behielt jedoch mit 51 % der Stimmen die Kontrolle über das wichtige Bürgermeisteramt von Freetown (KAS 10.7.2023).

Mitte Juni 2023 verhafteten die Behörden 35 APC-Anhänger, die an einem Protest gegen die Wahlkommission teilgenommen hatten, am Vorabend der Wahlen vom 24. Juni wurden sie ohne Anklageerhebung wieder freigelassen (USDOS 23.4.2024). Nach den Wahlen hielten Anhänger der Opposition Kundgebungen ab, um gegen die Wahlkommission zu protestieren und die Glaubwürdigkeit der Wahlergebnisse in Frage zu stellen (FH 25.4.2024). Die APC lehnte die Wahlergebnisse ab, boykottierte zunächst die Regierungsinstitutionen und weigerte sich aus Protest, ihre Parlamentssitze einzunehmen, um gegen die, nach Ansicht der Partei, gefälschten Wahlen zu protestieren (FH 25.4.2024). Der Streit endete nach Abschluss eines international vermittelten Abkommens im Oktober, das unter anderem die Einstellung jeglicher juristischen Verfolgung im Zusammenhang mit der Wahl vorsah (TAZ 26.11.2023; vgl. FH 25.4.2024), und um die Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien zu fördern und den Prozess der Reform des Wahlsystems einzuleiten (BS 2024). Im Rahmen des am 18.10.2023 unterzeichneten Abkommens zur nationalen Einheit legte die APC eine Liste der Personen vor, die wegen angeblicher Wahlverstöße oder anderer Proteste festgenommen oder inhaftiert worden sind und von der Regierung freigelassen werden sollten (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 23.4.2024)

Im November 2023 gaben Beamte bekannt, dass sie einen „Putschversuch“ verhindert und mehr als ein Dutzend Militärs und einen Zivilisten nach Angriffen auf Kasernen und Gefängnisse in Freetown festgenommen hätten. Die Ermittlungen zu dem mutmaßlichen Putschversuch haben Berichten zufolge zu erhöhten politischen Spannungen geführt. Im Dezember 2023 lud die Polizei den ehemaligen Präsidenten Ernest Bai Koroma zu einer Befragung im Zusammenhang mit dem Vorfall vor. Koroma verurteilte die Angriffe und erklärte sich bereit, bei den Ermittlungen zu kooperieren. Die Ermittlungen dauerten Ende des Jahres noch an (FH 25.4.2024).

Quellen:

- AA - Auswärtiges Amt [Deutschland] (23.1.2025): Sierra Leone: Reise- und Sicherheitshinweise, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/sierraleone-node/sierraleonesicherheit-203500>, Zugriff 19.2.2025

- AI - Amnesty International (24.4.2024): Der Zustand der Menschenrechte der Welt; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/de/document/2107963.html>, Zugriff 20.2.2024
- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report - Sierra Leone, https://www.ecoi.net/en/file/local/2105886/country_report_2024_SLE.pdf, Zugriff 27.11.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024, <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- KAS - Konrad Adenauer Stiftung (10.7.2023): Die Wahlen in Sierra Leone vor dem Hintergrund geopolitischer Instabilität, Zugriff 4.3.2025
- TAZ - die Tageszeitung (26.11.2023): Putschangst in Sierra Leone Kämpfe in der Hauptstadt Freetown, <https://taz.de/Putschangst-in-Sierra-Leone/>, Zugriff 4.3.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

3. Sicherheitslage

Es kann zu Demonstrationen oder großen Menschenansammlungen (BMEIA 18.2.2025) und gewaltsamen Ausschreitungen kommen, teilweise mit Todesfolge, da Berichten zufolge auch scharfe Munition eingesetzt werden kann (EDA 31.5.2024).

Am 26.11.2023 kam es nach Überfällen auf ein Waffenlager des Militärs und diverse Haftanstalten zu Kämpfen in Freetown. Die Lage hat sich mittlerweile beruhigt, jedoch bleibt die politische, wirtschaftliche und soziale Situation angespannt (EDA 31.5.2024). Bei dem mutmaßlichen Putschversuch im November 2023 wurden etwa 20 Menschen bei Angriffen auf Militärkasernen und Gefängnisse getötet, bevor sie von staatlichen Sicherheitskräften gestoppt wurden. Mehr als ein Dutzend Militärangehörige und ein Zivilist wurden verhaftet. Mehrere Personen, nach denen im Zusammenhang mit den Anschlägen gefahndet wird, sind Berichten zufolge weiterhin auf der Flucht, und da die Angreifer ein Waffenlager ins Visier genommen haben, besteht weiterhin die Sorge, dass die Gefahr der Instabilität bestehen bleibt (FH 25.4.2024; vgl. AI 24.4.2024).

Es besteht das Risiko von Terroranschlägen (EDA 31.5.2024). Angesichts der unsicheren Lage in anderen Regionen Westafrikas kann auch für Sierra Leone ein „Spill-Over“-Effekt bzw. ein Anschlagspotential gegenüber westlichen Einrichtungen und Staatsangehörigen nicht ausgeschlossen werden (BMEIA 18.2.2025).

Das österreichische Außenministerium bewertet das Sicherheitsrisiko in den Grenzgebieten zu Liberia mit Stufe 3 von 6, im Rest des Landes mit Stufe 2 (BMEIA 18.2.2025).

Quellen:

- AA - Auswärtiges Amt [Deutschland] (23.1.2025): Sierra Leone: Reise- und Sicherheitshinweise, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/sierraleone-node/sierraleonesicherheit-203500>, Zugriff 19.2.2025
- BMEIA - Bundesministerium Europäische und Internationale Angelegenheiten [Österreich] (18.2.2025): Sierra Leone (Republik Sierra Leone), <https://www.bmeia.gv.at/reise-services/reiseinformation/land/sierra-leone>, Zugriff 19.2.2025
- EDA - Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [Schweiz] (31.5.2024): Reisehinweise für Sierra Leone, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/sierra-leone/reisehinweise-fuersierraleone.html>, Zugriff 19.2.2025

- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025

4. Rechtsschutz / Justizwesen

Obwohl die Verfassung und das Gesetz eine unabhängige Justiz vorsehen (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 25.4.2024), sind die Gerichte anfällig für Eingriffe der Exekutive (FH 25.4.2024). Das Gesetz sieht für alle Angeklagten das Recht auf ein faires Verfahren vor, doch wird dieses Recht nicht immer durchgesetzt bzw. wird es in der Praxis manchmal eingeschränkt. Die begrenzte Anzahl von Staatsanwälten, Richtern und Anwälten führt zu langen Verfahrensverzögerungen. Aufgrund schwerfälliger Gerichtsverfahren und hohen Gerichtsgebühren ist der Zugang zur Justiz für die meisten Bürger eingeschränkt (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 25.4.2024). Häufig haben Angeklagte, die sich keinen Anwalt leisten können, vor dem Prozess keinen Zugang zu Rechtsbeistand (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 25.4.2024). Die auf öffentliche Kosten tätigen Anwälte sind überlastet. Die Angeklagten werden nicht immer rechtzeitig oder ausführlich über die gegen sie erhobenen Vorwürfe informiert und verfügen im Allgemeinen nicht über angemessene Möglichkeiten, ihre Verteidigung vorzubereiten. Die Berufungsverfahren verzögern sich übermäßig und dauern manchmal mehr als zwei Jahre (USDOS 23.4.2024).

Das Fehlen klarer Verfahren für die Ernennung und Entlassung von Richtern macht die Verfahren anfällig für Missbrauch. Korruption in der Justiz, niedrige Gehälter und unzureichende Ressourcen untergraben außerdem die richterliche Autonomie. Die APC hat sich dafür entschieden, das Wahlergebnis von 2023 nicht vor Gericht anzufechten, da sie der Meinung waren, dass die Institution politisch vereinnahmt ist, und haben den Obersten Richter zum Rücktritt aufgefordert. Unabhängig davon wurde der Oberste Richter im Dezember 2023 auf unbestimmte Zeit beurlaubt und im selben Monat wurde er kommissarisch ersetzt (FH 25.4.2024).

Die Justizbehörden haben 2023 die Zahl an Gerichtsverhandlungen in Justizvollzugsanstalten erhöht, um den erheblichen Rückstau an nicht zugewiesenen Fällen abzubauen und dadurch die Gefängnisse zu entlasten und die Dauer der Untersuchungshaft zu verkürzen (AI 24.4.2024; vgl. FH 25.4.2024). Am 28. August 2023 startete die Justiz ihre dritte "Woche für den Zugang zum Recht durch die Justiz". Im Auftrag des Obersten Richters bearbeitete ein Team von 23 Richtern innerhalb von zwei Wochen 802 Fälle von Sexualdelikten, Diebstahl, Einbruch und Mord im Schnellverfahren, um das Strafmaß [Anm.: überlange Untersuchungshaft] zu verringern und die Gefängnisse und Haftanstalten zu entlasten (USDOS 23.4.2024).

Neben dem formellen Gerichtssystem üben lokale Häuptlingsgerichte mit Laienrichtern das Gewohnheitsrecht aus, vor allem in ländlichen Gebieten. Die Chiefs in den Dörfern unterhalten ihre eigene Polizei und ihre eigenen Gerichte, um das lokale Gewohnheitsrecht durchzusetzen. Die Polizei und die Gerichte der Häuptlinge haben die Befugnis, Personen zu verhaften, vor Gericht zu stellen und zu inhaftieren. Nach Angaben des Human Rights Commission of Sierra Leone

(HRCSL) und von NGOs in Bo, Kenema und Port Loko sind die traditionellen Gerichtsverfahren im Allgemeinen fair, aber es gibt glaubwürdige Hinweise darauf, dass viele Fälle durch Korruption beeinflusst werden, da die als Richter fungierenden Oberhäupter regelmäßig Bestechungsgelder annehmen und wohlhabendere Angeklagte bevorzugen. Der Campaign for Human Rights and Development International (CHRDl) zufolge ist Korruption in der Militärjustiz weniger verbreitet als in der zivilen Strafjustiz (USDOS 23.4.2024).

Die District Human Rights Monitoring Groups (DHRMGs) der Polizei berichten, dass die traditionellen Behörden Straftaten anklagen, die nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, und bei der Verhängung von Strafen die Rechte von Personen verletzen. Ferner werden laut Angaben der DHRMG die Gesetze zur Gleichstellung der Geschlechter uneinheitlich angewandt, und viele traditionelle Gerichte ignorieren die Rechte von Frauen in Bezug auf Familienrecht und Erbschaft. Jugendlichen werden im traditionellen Rechtssystem nur wenige Rechte zugestanden (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (24.4.2024): Der Zustand der Menschenrechte der Welt; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/de/document/2107963.html>, Zugriff 20.2.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

5. Sicherheitsbehörden

Die Polizei von Sierra Leone (SLP) ist in erster Linie für die Strafverfolgung und Verbrechensaufklärung im ganzen Land zuständig (SLP 2022). Sie untersteht dem Ministerium für innere Angelegenheiten (CIA 12.2.2025). Die Polizisten der SLP sind schlecht bezahlt und kaum ausgebildet und werden nur selten für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen, selbst wenn sie gewaltsam vorgehen (FH 25.4.2024). Vor allem innerhalb der SLP stellt Strafflosigkeit ein ernstes Problem dar (USDOS 23.4.2024).

Die Regierung hat einige Schritte unternommen, um Beamte, die an möglichen Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren, ausfindig zu machen und zu bestrafen, aber die Straffreiheit besteht weiterhin (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 25.4.2024).

Quellen:

- CIA - Central Intelligence Agency [USA] (12.2.2025): The World Factbook, Sierra Leone, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/sierra-leone/>, Zugriff 20.2.2025
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- SLP - Sierra Leone Police [Sierra Leone] (2022): Sierra Leone Police, <http://www.police.gov.sl/>, Zugriff 25.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices: Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

6. Folter und unmenschliche Behandlung

Das Gesetz verbietet solche Praktiken, und anders als im Jahr 2022 gab es 2023 keine glaubwürdigen Berichte darüber, dass Regierungsbeamte solche Praktiken anwenden (USDOS 23.4.2024). Nach anderen Angaben ist die Misshandlung von Gefangenen weit verbreitet (BS 2024). Zivilisten können Misshandlungen bei der Abteilung für Beschwerden, Disziplinarmaßnahmen und interne Ermittlungen der Polizei oder beim Unabhängigen Beschwerdeausschuss der Polizei melden, doch sind die Kapazitäten und die Wirksamkeit dieser Stellen sehr begrenzt (FH 25.4.2024). Es gibt immer wieder Vorwürfe, dass Sicherheitskräfte willkürliche Verhaftungen und außergerichtliche Tötungen vornehmen (FH 25.4.2024; vgl. USDOS 23.4.2024). Bei dem mutmaßlichen Putschversuch im November 2023 wurden etwa 20 Menschen bei Angriffen auf Militärkasernen und Gefängnisse getötet, bevor sie von staatlichen Sicherheitskräften gestoppt worden sind (FH 25.4.2024).

Im Februar 2023 forderte die NGO AdvocAid ein Ende der Gewalt durch Strafverfolgungsbeamte. Ein Polizeibeamter stand wegen der Vergewaltigung eines Mädchens in einer Polizeistation vor Gericht (AI 24.4.2024). Am 25.6.2023, dem Tag nach den Wahlen vom 24.6., tötete die Polizei in der Parteizentrale der Oppositionspartei All People's Congress (APC) in Freetown Berichten zufolge einen Freiwilligen der Partei. Am 26.6. wurden vier weitere APC-Anhänger in der Stadt Masiaka von der Polizei getötet. Während der Proteste am 11.9.2023 tötete die Polizei Berichten zufolge zwei weitere Personen. Die Menschenrechtskommission von Sierra Leone (Human Rights Commission of Sierra Leone, HRCSL) hat das Independent Police Complaint Board, einen zivilen Aufsichtsmechanismus, aufgefordert, diese Tötungen durch die Sicherheitskräfte zu untersuchen und der SLP Empfehlungen zur Strafverfolgung zu geben (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (24.4.2024): Der Zustand der Menschenrechte der Welt; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/de/document/2107963.html>, Zugriff 20.2.2024
- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report - Sierra Leone, https://www.ecoi.net/en/file/local/2105886/country_report_2024_SLE.pdf, Zugriff 27.11.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

7. Korruption

Korruption ist nach wie vor allgegenwärtig (FH 25.4.2024). Das Gesetz sieht strafrechtliche Sanktionen für Korruption durch Beamte vor, die Regierung setzt das Gesetz nicht wirksam durch. Es gibt zahlreiche Berichte über Korruption in der Regierung (USDOS 23.4.2024). Es gibt Gesetze, Strategien und Institutionen zur Korruptionsbekämpfung (BS 2024). Die Regierung hat in den letzten Jahren einige Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung erzielt. Die Anti-

Korruptionskommission untersucht und verfolgt Korruptionsfälle (USDOS 23.4.2024). In den letzten Jahren haben sich die Bemühungen der Antikorruptionskommission (ACC) weitgehend auf die Wiedererlangung gestohlener Gelder und nicht auf Verurteilungen konzentriert, und Korruption ist nach wie vor weit verbreitet (FH 25.4.2024). Die ACC hat ihren Tätigkeitsbereich ausgeweitet und eine eigene Spezialeinheit, die Scorpion Squad geschaffen, die Milliarden von Leones von korrupten Beamten zurückfordert, regelmäßig Berichte veröffentlicht und Öffentlichkeitsarbeit betreibt (BS 2024). Einige Beobachter werfen der Kommission vor, Oppositionspolitiker ins Visier zu nehmen, während sie glaubwürdigen Korruptionsvorwürfen gegen die regierende SLPP, einschließlich der dem Präsidenten nahestehenden Personen, nicht nachgeht (USDOS 23.4.2024). Die ACC hat es mehrfach verabsäumt, hochrangige Beamte anzuklagen, und sich stattdessen auf untergeordnete Beamte konzentriert und Ermittlungen durchgeführt, die angesichts des massiven Ausmaßes der Korruption - zu kurz gedacht waren. Während der vorherigen APC-Regierung wurde der Anti-Korruptions-Kommission vorgeworfen, sie sei parteiisch zugunsten der APC (BS 2024).

Ein im Dezember 2023 veröffentlichter offizieller Rechnungsprüfungsbericht für das Haushaltsjahr 2022 wies auf Mängel bei der Verhinderung des Missbrauchs von Finanzmitteln in den Ministerien, Abteilungen und Behörden der Regierung hin (FH 25.4.2024).

Auf dem Index von Transparency International befand sich Sierra Leone im Jahr 2024 auf Rang 114 von 180 untersuchten Ländern und fiel um 2 Punkte im Vergleich zum Vorjahr (TI 2024).

Quellen:

- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report - Sierra Leone, https://www.ecoi.net/en/file/local/2105886/country_report_2024_SLE.pdf, Zugriff 27.11.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- TI - Transparency International (2024): Corruption Perceptions Index 2024, 2025 <https://www.transparency.org/en/countries/sierra-leone>, Zugriff 27.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

8. NGOs und Menschenrechtsaktivisten

Eine Vielzahl von nationalen und internationalen Menschenrechtsgruppen arbeitet im Allgemeinen ohne staatliche Einschränkungen, um Menschenrechtsbedingungen oder -Fälle zu überwachen oder zu untersuchen und ihre Ergebnisse zu veröffentlichen (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 25.4.2024). Die zivilgesellschaftlichen Organisationen haben sich traditionell sowohl vor als auch nach der Unabhängigkeit Sierra Leones wirksam eingebracht und sich während des Bürgerkriegs lautstark für den Frieden eingesetzt. Im Laufe der Jahre wurden sie jedoch mundtot gemacht. Sie sind nicht unabhängig von der Regierung. Aktivisten, die es versuchen, werden inhaftiert (BS 2024).

Im Jahr 2018 traten strengere Vorschriften in Kraft, die eine jährliche Erneuerung der Registrierung und eine ministerielle Genehmigung für Projekte vorschreiben (FH 25.4.2024).

Im Jahr 2020 hat die Regierung den Rahmen für die Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Dieser Rahmen sieht den Aufbau von Kapazitäten und die Rechenschaftspflicht der Entwicklungspartner vor. Allerdings haben NGOs Bedenken geäußert, da dieser das Potenzial hat, von der Regierung genutzt zu werden, um NGOs in bestimmte Richtungen zu lenken. Zu den zahlreichen Maßnahmen, die das Rahmenwerk einführt, gehören restriktive Zulassungskriterien, ein kompliziertes Registrierungsverfahren und die Verpflichtung, eine Dienstleistungsvereinbarung mit den zuständigen Regierungsstellen zu unterzeichnen, um sich für die Registrierung zu qualifizieren. Die Dienstleistungsvereinbarung sieht vor, dass NGOs ihre Ziele an den von den Behörden festgelegten nationalen Prioritäten ausrichten müssen. Unter den Organisationen der Zivilgesellschaft besteht die Befürchtung, dass die geltende Politik der Regierung die Möglichkeit zur Kontrolle bietet (BS 2024). Im Oktober 2023 wurde diese von der Regierung fertiggestellt (AI 24.4.2024).

Im Juni 2023 gab die National Election Watch (NEW) - ein Zusammenschluss pro-demokratischer zivilgesellschaftlicher Organisationen in Sierra Leone - ihre parallelen Hochrechnungen der Stimmenauszählung für die Wahlen bekannt und berichtete, dass die Ergebnisse erheblich von den von der Regierung vorgelegten abweichen. NEW und ihre Mitglieder wurden daraufhin bedroht, auch vom staatlichen Sicherheitsapparat, was die Behinderung des zivilgesellschaftlichen Raums verdeutlicht (FH 25.4.2024).

Die Regierung, einschließlich der Sicherheitskräfte, reagiert im Allgemeinen auf die Menschenrechtsbedenken, die von Organisationen der Zivilgesellschaft geäußert werden, aber setzt manchmal nur langsam ihre Empfehlungen um (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (24.4.2024): Der Zustand der Menschenrechte der Welt; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/de/document/2107963.html>, Zugriff 20.2.2024
- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report - Sierra Leone, https://www.ecoi.net/en/file/local/2105886/country_report_2024_SLE.pdf, Zugriff 27.11.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

9. Wehrdienst und Rekrutierungen

Es gibt keine Wehrpflicht. Von 18-30 Jahren können sich Männer und Frauen freiwillig für den Militärdienst melden (CIA 12.2.2025).

Quellen:

- CIA - Central Intelligence Agency [USA] (12.2.2025): The World Factbook, Sierra Leone, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/sierra-leone/>, Zugriff 20.2.2025

10. Allgemeine Menschenrechtslage

Die Bürgerrechte sind gesetzlich festgeschrieben, und Sierra Leone hat mit der Ratifizierung wichtiger internationaler Menschenrechtsverträge de jure erhebliche Fortschritte erzielt. Das Land arbeitet mit internationalen Institutionen wie dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, UNICEF und UN Women sowie auf nationaler Ebene mit dem parlamentarischen Menschenrechtsausschuss und dem Nationalen Forum für Menschenrechte zusammen, das als Dachorganisation für zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft dient. Die Regierung hat eine Reihe von Gesetzen zum Schutz der Menschenrechte erlassen (z.B. das Gesetz über die Rechte des Kindes aus dem Jahr 2007, das Gesetz über Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr 2011, die Änderung des Gesetzes über Sexualdelikte aus dem Jahr 2019). Im Jahr 2020 wurden Strategien wie die Gender Equality and Women's Empowerment Policy und die National Male Involvement Strategy for the Prevention of Sexual and Gender-Based Violence veröffentlicht. Im März 2020 hob die Regierung das Ausbildungsverbot für schwangere Schülerinnen auf (BS 2024).

Zu den bedeutenden Menschenrechtsproblemen gehörten 2023 glaubwürdige Berichte über: willkürliche oder rechtswidrige Tötungen; harte und lebensbedrohliche Haftbedingungen; willkürliche Verhaftungen oder Inhaftierungen; politische Gefangene oder Häftlinge. Ferner auch erhebliche Beeinträchtigung der friedlichen Versammlungsfreiheit, und schwerwiegende staatliche Korruption. Zudem kommt es zu weit verbreiteter geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich häuslicher und sexueller Gewalt (USDOS 23.4.2024), zu geschlechtsspezifischer Diskriminierung und ausbeuterischen Witwenriten. Kinderarbeit, Früh- und Zwangsheirat und Menschenhandel sind nach wie vor ein ernstes Problem (BS 2024). Es kommt zu Genitalverstümmelung und -beschneidung bei Frauen (USDOS 23.4.2024). Randgruppen, wie Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen, leben meist unter prekären Bedingungen, und die Rechte von sexuellen Minderheiten werden vernachlässigt (BS 2024). Es gibt zudem Gesetze, die einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen unter Strafe stellen, auch wenn sie nicht durchgesetzt werden und Straftaten, die mit Gewalt oder der Androhung von Gewalt gegen sexuelle Minderheiten begangen werden (USDOS 23.4.2024). De facto kommt es auch immer wieder zu Verletzungen der Bürgerrechte (BS 2024).

Am 10.8.2022 kam es in Freetown und anderen Teilen des Landes zu Protesten, ausgelöst durch die zunehmende Frustration über den Anstieg der Lebenshaltungskosten. Einige Demonstranten forderten den Rücktritt von Präsident Bio (AI 20.3.2023). Im April 2023 veröffentlichte die Sonderermittlungskommission (SIC) einen Bericht nach ihrer Untersuchung der Tötung von sechs Polizisten und mindestens 27 Demonstranten und Zuschauern während der Proteste im August 2022. Der Bericht beschrieb die Proteste als Aufstand und Versuch, die Regierung zu stürzen.

Obwohl die SIC die Ausbildung von Polizeibeamten empfahl, um „Willkür“ zu vermeiden, wurde keine Untersuchung des Einsatzes übermäßiger Gewalt durch die Sicherheitskräfte empfohlen (AI 24.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (20.3.2023): Sierra Leone: Seven months after August's protests which turned violent in some locations, no justice yet for those injured or the families of those killed, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/03/sierra-leone-seven-months-after-augusts-protests-which-turned-violent-in-some-locations-no-justice-yet-for-those-injured-or-the-families-of-those-killed/>, Zugriff 25.2.2025
- AI - Amnesty International (24.4.2024): The State of the World's Human Rights; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/en/document/2107963.html>, Zugriff 25.2.2025
- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report, Sierra Leone, <https://bti-project.org/en/reports/country-dashboard/SLE>, Zugriff 20.2.2024
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

11. Meinungs- und Pressefreiheit

In der Verfassung und in den Gesetzen ist das Recht auf freie Meinungsäußerung verankert, auch für Mitglieder der Presse und anderer Medien, und die Regierung respektiert dieses Recht im Allgemeinen, aber es gibt Ausnahmen (USDOS 23.4.2024). Zahlreiche unabhängige Zeitungen sind frei im Umlauf, und es gibt Dutzende von öffentlichen und privaten Radio- und Fernsehsendern. Viele von ihnen bevorzugen jedoch eine der führenden politischen Parteien in ihrer Berichterstattung (FH 25.4.2024; vgl. BS 2024). Im Ranking von Reporter ohne Grenzen ist Sierra Leone auf Platz 64 von 180 Ländern (RSF 2024).

Die Abschaffung von Abschnitt 5 des Gesetzes über die öffentliche Ordnung (Public Order Act) im Juli 2020, der Verleumdung, Falschnachrichten und aufrührerische Verleumdung unter Strafe stellt, wurde von internationalen und nationalen Aktivisten, dem Journalistenverband von Sierra Leone und anderen Akteuren zunächst als Sieg für die Pressefreiheit gefeiert. Im Mai 2022 führte der Journalistenverband die Unterdrückung der Pressefreiheit jedoch darauf zurück, dass die Polizei den Straftatbestand der „Aufwiegelung“ weit auslegt und ausnutzt (BS 2024).

Beamte nehmen häufig Journalisten ins Visier, und es gibt Berichte über Todesdrohungen. Zwar stehen die meisten Medien nicht direkt unter politischer Kontrolle, doch sind sie aufgrund ihrer mangelnden materiellen, finanziellen und logistischen Ressourcen anfällig für politische Manipulation. Zudem sind viele Medien vom Verkauf von Werbung abhängig – und der größte Inserent ist die Regierung (BS 2024).

Die Unabhängige Medienkommission (IMC) wird von Medienschaffenden weitgehend als effizient und fair angesehen. In den letzten Jahren wurden die Regulierungsbefugnisse der IMC durch neue Gesetze gestärkt. Während der Wahlen 2023 setzte die IMC die Lizenzen von drei Radiosendern aus, weil sie angebliche "Hassreden" während Live-Call-In-Programmen zugelassen hatten. 2023

wurden in Sierra Leone laut Reporter ohne Grenzen (RSF) keine Journalisten getötet. RSF stellt außerdem fest, dass die Gewalt gegen und die Inhaftierung von Journalisten in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist, auch wenn Politiker manchmal die Polizei einsetzen, um Journalisten in ihrer Arbeit zu behindern (FH 25.4.2024).

Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird weiterhin eingeschränkt (AI 24.4.2024), dennoch sind private Diskussionen nach wie vor weitgehend offen (FH 25.4.2024), obwohl die Freiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung durch Androhung von Gewalt seitens mächtiger Interessen beeinträchtigt werden kann (AI 24.4.2024; vgl. FH 25.4.2024). Berichten zufolge ist der Raum für Diskussionen über den versuchten Staatsstreich vom November 2023 begrenzt, was Analysten zufolge ein Zeichen dafür sein könnte, dass sich der Raum für Meinungsäußerungen zu sensiblen Themen schließt (FH 25.4.2024).

Obwohl die Behörden Berichten zufolge Diskussionen auf Social-Media-Plattformen, einschließlich WhatsApp, überwachen, wurden nur eine Handvoll Verhaftungen wegen Online-Postings im Rahmen des Gesetzes über Cybersicherheit und Cyberkriminalität von 2021 vorgenommen (FH 25.4.2024). Im April 2023 wurde eine Unternehmerin verhaftet, nachdem sie ein Video veröffentlicht hatte, in dem sie die Regierung kritisiert und den Präsidenten beschuldigt hat, Menschen zu töten. Sie wurde nach zwei Tagen gegen Kautionsfreilassung, und die Polizei hat erklärt, sie ermittle gegen sie wegen eines Verstoßes gegen Bestimmungen des Gesetzes über Cybersicherheit und Kriminalität (AI 24.4.2024). Die Regierung berief sich jedoch auf das Gesetz, als sie öffentlich präventive Warnungen an Online-Kritiker aussprach, und die Regierung bemüht sich, ihre Kapazitäten zur digitalen Überwachung zu verstärken (FH 25.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (24.4.2024): Der Zustand der Menschenrechte der Welt; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/de/document/2107963.html>, Zugriff 20.2.2024
- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report, Sierra Leone, <https://bti-project.org/en/reports/country-dashboard/SLE>, Zugriff 20.2.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- RSF - Reporters without borders (2024): Freedom of the press worldwide 2024, Sierra Leone, <https://rsf.org/en/country/sierra-leone>, Zugriff 4.3.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

12. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Opposition

Die Verfassung und das Gesetz gewähren das Recht auf Versammlungsfreiheit. Es gibt Berichte, dass die Regierung das Recht auf friedliche Versammlung einschränkt (USDOS 23.4.2024; vgl. AI 24.4.2024, BS 2024). Das Gesetz verlangt eine vorherige Abstimmung von Demonstrationen mit der Polizei (SLP), und der Generalinspektor der Polizei muss die Proteste genehmigen (USDOS

23.4.2024). Obwohl die Versammlungsfreiheit in der Verfassung garantiert ist, hat sich die Polizei wiederholt geweigert, Organisatoren von Protesten eine Genehmigung zu erteilen (FH 25.4.2024).

Der Polizei wird vorgeworfen, bei zahlreichen Gelegenheiten übermäßige Gewalt anzuwenden und häufig gegen friedliche Proteste vorzugehen (BS 2024). 2022 reagierten die Behörden mit Gewalt auf größere Proteste gegen die Lebenshaltungskosten, bei denen sechs Polizisten und mehr als 20 Zivilisten getötet wurden. Nach Angaben von Amnesty International wurde bis Oktober 2023 keiner der Todesfälle unter der Zivilbevölkerung untersucht (FH 25.4.2024). Im September 2023 starben zwei Menschen an Schussverletzungen, als Sicherheitskräfte Proteste in Freetown und anderen Gebieten gewaltsam aufgelöst haben. Die Polizei gab an, dass sie 72 Personen festgenommen und eine Untersuchung der Todesfälle eingeleitet habe. Über 40 Personen wurden wegen Straftaten angeklagt, die von der Verschwörung zu einer Straftat bis hin zu ungebührlichem Verhalten reichen (AI 24.4.2024).

Die Verfassung und das Gesetz respektieren im Allgemeinen die Vereinigungsfreiheit und setzen die geltenden Gesetze wirksam durch (USDOS 23.4.2024; vgl. BS 2024).

Grundsätzlich haben die Bürger das Recht, Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen zu gründen und öffentliche Versammlungen abzuhalten (BS 2024).

Opposition: Seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 2002 hat es zwei friedliche Machtwechsel nach Wahlsiegen der Opposition gegeben. Und obwohl die Menschen das Recht haben, sich in verschiedenen politischen Parteien zu organisieren, sind Oppositionsparteien und -führer Einschüchterungen und Schikanen ausgesetzt (FH 25.4.2024). Die Nominierungsgebühren für Kandidaten werden subventioniert, doch die Kosten für eine Kandidatur und eine Vorschrift, wonach Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes 12 Monate vor einer Wahl zurücktreten müssen, stellen für viele Kandidaten eine Zugangsbarriere dar und verschaffen größeren Parteien und solchen mit größeren Ressourcen einen Vorteil (FH 25.4.2024).

Politische Gewalt ist nicht unüblich, insbesondere zwischen und durch Anhänger von SLPP und APC und deren radikalisierten Jugendorganisationen (BS 2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (24.4.2024): Der Zustand der Menschenrechte der Welt; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/de/document/2107963.html>, Zugriff 20.2.2024
- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report, Sierra Leone, <https://bti-project.org/en/reports/country-dashboard/SLE>, Zugriff 20.2.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

13. Haftbedingungen

Die Bedingungen in den Gefängnissen und Haftanstalten sind hart und manchmal lebensbedrohlich (USDOS 23.4.2024). Die Haftanstalten sind überlastet (FH 25.4.2024). Die Human Rights Commission of Sierra Leone (HRCSL) und Prison Watch Sierra Leone (PWSL) berichten von Überbelegung, unhygienischen Bedingungen und unzureichender medizinischer Versorgung in den Haftanstalten. Die Gefängnisse in Port Loko, Kambia und Bo sind völlig überfüllt, es gibt nicht genügend Hafträume und auch wenig Personal (USDOS 23.4.2024). Die Haftanstalten entsprechen nicht einmal den grundlegendsten Gesundheits- und Hygienestandards. Ferner sind Infektionskrankheiten weit verbreitet (FH 25.4.2024).

Im August 2023 waren in den 21 Gefängnissen des Landes, die für 2.495 Insassen ausgelegt sind, 5.561 Personen inhaftiert. Am schlimmsten war die Überbelegung im Freetown Male Correctional Center, das für 324 Häftlinge ausgelegt ist und in dem 1.820 Personen untergebracht waren (USDOS 23.4.2024).

Leitende Gefängnisbeamte reagieren auf Beschwerden. Die HRCSL berichtete, dass die Gefängnisbehörden im Allgemeinen glaubwürdigen Anschuldigungen über Misshandlungen von Insassen nachgehen (USDOS 23.4.2024). Internationale Beobachter haben ungehindert Zugang zu Haftanstalten und Polizeigefängnissen. Die HRCSL, Amnesty International und PWSL haben dies auch häufig wahrgenommen (USDOS 23.4.2024).

Die Verfassung und das Gesetz verbieten willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen und sehen das Recht jeder Person vor, die Rechtmäßigkeit ihrer Festnahme oder Inhaftierung vor Gericht anzufechten. Die Regierung hielt sich im Allgemeinen nicht an diese Bestimmungen (USDOS 23.4.2025). Untersuchungshäftlinge werden durchschnittlich zwei bis fünf Jahre festgehalten, bevor förmlich Anklage erhoben und ihre Fälle entschieden werden (FH 24.4.2024; vgl. USDOS 23.4.2024). Die Polizei kann kriminelle Verdächtige mehrere Tage lang ohne Anklage festhalten und willkürliche Festnahmen vornehmen (FH 24.4.2024).

Die lange Untersuchungshaft stellt ein großes Problem dar. Es wird zumeist die Höchststrafe für das mutmaßliche Verbrechen überschritten (USDOS 23.4.2024). Die Justizbehörden haben die Häufigkeit von Gerichtsanhörungen in Strafvollzugsanstalten erhöht, um dadurch Gefängnisse zu entlasten und die Untersuchungshaftzeiten zu verkürzen (AI 24.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (24.4.2024): Der Zustand der Menschenrechte der Welt; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/de/document/2107963.html>, Zugriff 20.2.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

14. Todesstrafe

Am 23. Juli 2021 stimmte das Parlament für ein Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe (AI 25.7.2021), und im Oktober 2021 wurde die in der Verfassung von 1991 vorgesehene Todesstrafe endgültig abgeschafft (FH 25.4.2024; vgl. BS 2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (25.7.2021): Sierra Leone: Abolition of death penalty a major victory, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/07/sierra-leone-abolition-of-death-penalty-a-major-victory-2/>, Zugriff 25.2.2025
- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report, Sierra Leone, <https://bti-project.org/en/reports/country-dashboard/SLE>, Zugriff 20.2.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025

15. Religionsfreiheit

Die Religionsfreiheit ist verfassungsrechtlich geschützt und wird in der Praxis geachtet (FH 25.4.2024; vgl. USDOS 26.6.2024). Das Gesetz verbietet religiöse Diskriminierung und erlaubt es allen Personen, ihre eigenen religiösen Praktiken auszuüben und die Religion zu wechseln, ohne dass die Regierung oder Angehörige anderer religiöser Gruppen eingreifen (USDOS 26.6.2024).

Schätzungsweise 77 % der Bevölkerung sind Muslime, 22 % gelten als Christen, wobei Formen von Synkretismus möglich sind und etwa 1 % praktizieren Animismus oder andere Formen traditioneller Religion (CIA 12.2.2025; vgl. USDOS 26.6.2024, BS 2024).

Die überwiegende Mehrheit der Muslime sind Sunniten (USDOS 26.6.2024; vgl. BS 2024), während etwa 10 % der Ahmadiyya angehören (BS 2024). Der Anführer der Ahmadis schätzt, dass es 560.000 Ahmadis im Land gibt. Schiitische Muslime machen weniger als 0,5 % der muslimischen Bevölkerung aus. Die meisten Christen sind protestantisch, von denen die größten Gruppen Wesleyan Methodisten und Pfingstler sind (USDOS 26.6.2024).

Religiöse Führer üben Einfluss auf die Wähler aus (FH 25.4.2024). Ethnische und religiöse Identitäten korrelieren bis zu einem gewissen Grad, aber die meisten ethnischen Gruppen gehören mehr als einer Religion an. Die Beziehungen zwischen den Anhängern der verschiedenen Religionen sind im Prinzip gut. Interreligiöse Gewalt ist äußerst selten, und Organisationen wie der Interreligiöse Rat von Sierra Leone fördern den gegenseitigen Respekt und das Verständnis füreinander (BS 2024).

Immer wieder kommt es zu Unstimmigkeiten zwischen Muslimen und Christen. Muslime beschwerten sich, dass die lauten Gebetsformen der Pfingstler ihre Gebete stören. Christen beschwerten sich bei den Muslimen, dass der frühmorgendliche Gebetsruf ihren Schlaf stört. Die Ahmadis, die früher das Ziel anderer islamischer Gelehrter waren, werden weniger diskriminiert, seit sie dem Interreligiösen Rat von Sierra Leone beigetreten sind (BS 2024).

Quellen:

- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report, Sierra Leone, <https://bti-project.org/en/reports/country-dashboard/SLE>, Zugriff 20.2.2024
- CIA - Central Intelligence Agency [USA] (12.2.2025): The World Factbook, Sierra Leone, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/sierra-leone/>, Zugriff 20.2.2025
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (26.6.2024): 2023 Report on International Religious Freedom Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2111951.html>, Zugriff 20.2.2025

16. Minderheiten

Es gibt Gesetze zum Schutz rassistischer oder ethnischer Minderheiten vor Gewalt oder Diskriminierung, während andere Gesetze bestimmte Formen der Diskriminierung aufgrund von Ethnie und ethnischer Zugehörigkeit institutionalisieren. Die Behörden unternehmen einige Anstrengungen, um diese Gesetze durchzusetzen (USDOS 23.4.2024).

In Sierra Leone leben folgende ethnische Gruppen: Temne 35,4 %, Mende 30,8 %, Limba 8,8 %, Kono 4,3 %, Korankoh 4 %, Fullah 3,8 %, Mandingo 2,8 %, Loko 2 %, Sherbro 1,9 %, Creole (auch bekannt als Krio) 1,2 % und andere 5 % (2019) (CIA 12.2.2025).

Unter allen ethnischen Gruppen bestehen starke ethnische Loyalitäten, Vorurteile und Stereotypen. Ethnische Loyalität ist ein wichtiger Faktor in der Regierung, den Streitkräften und der Wirtschaft. Beschwerden über ethnische Diskriminierung bei Ernennungen durch die Regierung und bei der Vergabe von Aufträgen sind weit verbreitet. Einige nicht den Mende angehörigen Bevölkerungsgruppen erklären, dass sie hinsichtlich einer Anstellung im öffentlichen Dienst diskriminiert werden, weil die regierende SLPP überwiegend aus Mende besteht. Einwohner nicht-afrikanischer Abstammung sehen sich einer gewissen institutionalisierten Diskriminierung ausgesetzt, insbesondere in den Bereichen Staatsbürgerschaft und Nationalität. Die Regierung unternimmt einige Anstrengungen, um gegen Diskriminierung vorzugehen, z.B. beim gleichberechtigten Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung, Beschäftigung und Krediten. Jedoch unternimmt die Regierung nur begrenzte Anstrengungen, um gegen Diskriminierung und Vorurteile gegenüber Albinos und Mitgliedern religiöser Rastafari-Gruppen vorzugehen (USDOS 23.4.2024)

Quellen:

- CIA - Central Intelligence Agency [USA] (12.2.2025): The World Factbook, Sierra Leone, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/sierra-leone/>, Zugriff 20.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

17. Relevante Bevölkerungsgruppen

17.1. Frauen

Das Gesetz sieht den gleichen Rechtsstatus und die gleichen Rechte für Männer wie für Frauen in den Bereichen Familie, Arbeit, Eigentum und Erbrecht vor, jedoch setzt die Regierung dieses nicht wirksam um (USDOS 23.4.2024), die Rechte von Frauen werden verletzt (AI 24.4.2024).

Die Vertretung der Frauen in öffentlichen Ämtern ist gestiegen. Im Jänner 2023 wurde ein Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Stärkung der Rolle der Frau verabschiedet, das vorschreibt, dass 30 % der Sitze in öffentlichen Ämtern von Frauen besetzt werden müssen. Bis Juli hatte sich der Anteil der Frauen im Parlament auf 41 verdoppelt, und der Anteil der Frauen, die zu Kabinettsmitgliedern ernannt wurden, erreichte 30 %. Im September erklärte das Ministerium für Gleichstellungsfragen und Kinderangelegenheiten, es werde damit beginnen, das Gender-Mainstreaming in verschiedenen Ministerien, Abteilungen und Behörden landesweit zu verfolgen und zu bewerten (AI 24.4.2024).

Das Gesetz kriminalisiert Vergewaltigungen von Frauen und Männern, das Mindeststrafmaß beträgt 15 Jahre Haft. Das Gesetz verbietet auch Vergewaltigung in der Ehe sowie häusliche Gewalt, die mit einer hohen Geldstrafe und einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren bestraft werden kann. Obwohl das Bewusstsein für Vergewaltigung und häusliche Gewalt im Laufe der Jahre zugenommen hat, kommt es laut Human Rights Commission of Sierra Leone (HRCSL) selten zu Anklagen, vor allem in ländlichen Gebieten. Gründe dafür sind medizinische Meldepflichten, hohe Gerichtsgebühren, Korruption und ein ineffizientes Justizsystem (USDOS 23.4.2024). Zudem führen Anzeigen wegen Vergewaltigung und häuslicher Gewalt nur selten zu einer Verurteilung. Die für die Untersuchung und Verfolgung dieser Verbrechen zuständige Polizeieinheit ist nach wie vor unterfinanziert und personell unterbesetzt (FH 25.4.2024). Vergewaltigungen sind keine Seltenheit, und die Opfer von Sexualdelikten neigen dazu, sich - oft auf Ermunterung ihrer Familien - außergerichtlich mit den Tätern zu einigen. Infolgedessen herrscht eine Kultur der Straflosigkeit, die die geschlechtsspezifische Gewalt aufrechterhält. Im Vergleich zu 2022 meldete die Family Support Unit (FSU) der Polizei 2023 einen Rückgang an Vergewaltigungsfällen (USDOS 23.4.2024).

Weibliche Genitalverstümmelung (FGM/C) ist nach wie vor weit verbreitet (AI 24.4.2024; vgl. FH 25.4.2024), mitunter weil diese Praxis nicht gesetzlich verboten ist (FH 25.4.2024; vgl. USDOS 23.4.2024). Ein BBC-Bericht vom 1.5.2023 schätzte, dass etwa 83 % der Frauen und Mädchen im Alter von 15 bis 49 Jahren FGM/C erfahren haben, ein Rückgang gegenüber einem Bericht aus dem Jahr 2013 (90 %). Der Prozentsatz der Frauen ist in ländlichen Gebieten höher als in städtischen Gebieten (USDOS 23.4.2024). Im März 2023 starb eine Zweijährige, nachdem sie während eines Aufnahmeverfahrens in den Geheimbund "Bondo" dieser Praxis unterzogen worden

ist. Eine nationale Strategie zur Beendigung von FGM/C ist zwar ausgearbeitet, aber nie umgesetzt worden (AI 24.4.2024).

Frauen werden in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und beim Zugang zu Krediten diskriminiert. Das Gender Equality and Women's Empowerment-Gesetz (GEWE-Gesetz) von 2022 enthält Bestimmungen zur Lohngleichheit und zur Verlängerung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs für Frauen, deren Einhaltung jedoch noch wirksam überwacht werden muss (FH 25.4.2024).

Behörden und lokale NGOs erklären, dass Frauen den gleichen Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, aber nicht die gleichen wirtschaftlichen Möglichkeiten oder sozialen Freiheiten haben. Frauen werden bei der Einstellung diskriminiert, und die Arbeitgeber entlassen häufig Frauen, die im ersten Jahr ihrer Beschäftigung schwanger wurden; die Entlassung von schwangeren Arbeitnehmerinnen ist gesetzlich nicht untersagt (USDOS 23.4.2024).

Berichte über wirtschaftliche Ausbeutung von Arbeitnehmern im Rohstoffsektor sind weit verbreitet. Der Menschenhandel ist nach wie vor ein Problem, auch wenn sich die Regierung darauf konzentriert, die Verurteilung von Menschenhändlern zu verbessern. Die ersten Verurteilungen von Menschenhändlern seit 15 Jahren erfolgten im Jahr 2020. Das gesetzliche Umfeld wurde durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Schleusung von Migranten im Jahr 2022 verbessert, mit dem strengere Strafen für Menschenhandelsdelikte eingeführt worden sind. Im Bericht des US-Außenministeriums über Sierra Leone zum Thema Menschenhandel aus dem Jahr 2023 wird festgehalten, dass die Betreuung der Opfer weiterhin völlig unzureichend ist (FH 25.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (24.4.2024): Der Zustand der Menschenrechte der Welt; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/de/document/2107963.html>, Zugriff 20.2.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

17.2. Kinder

Die Geburtenregistrierung erfolgt auf einer diskriminierenden Grundlage. Die Verfassung beschränkt die durch Geburt erworbene Staatsbürgerschaft auf Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil oder Großelternteil „negro-afrikanischer“ [Negro-African] Abstammung ist bzw. war. Nicht-Afrikaner können um eine Staatsbürgerschaft ansuchen, wenn sie zumindest fünf Jahre im Land gelebt haben. Kinder, welche die Kriterien nicht erfüllen, müssen im Herkunftsland ihrer Eltern registriert werden (USDOS 23.4.2024).

Die Rechte von Kindern werden verletzt, und der Gesetzesentwurf zum besseren Schutz der Kinderrechte ist weiterhin anhängig. Im April 2023 forderte die Child Rights Coalition die Regierung auf, das Kinderrechtsgesetz 2022 zu verabschieden, da es kinderfreundliche Beschwerdemechanismen innerhalb der Nationalen Kommission für Kinder vorsieht und Lücken bei der Behandlung von Themen wie Kinderjustiz sowie Früh- und Kinderheirat schließen möchte (AI 24.4.2024). Gemäß dem Kinderrechtsgesetz von 2007 beträgt das gesetzliche Mindestalter für eine Ehe 18 Jahre. Allerdings erlaubt das Gesetz über Customary Marriage and Divorce von 2009 eine Heirat mit der Zustimmung der Eltern – ohne Angabe eines Mindestalters. Die Regierung hat somit Schwierigkeiten, das gesetzliche Mindestalter im Kinderrechtsgesetz durchzusetzen (USDOS 23.4.2024).

In einem Dokument vom Oktober 2022 berichteten UNICEF und der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, dass die Zahl der Kinderehen zwischen 2006 und 2016 zurückgegangen ist (FH 25.4.2024). Das Mindestalter für einvernehmlichen Geschlechtsverkehr liegt bei 18 Jahren (USDOS 23.4.2024). Die NGO Girls Not Brides gab an, dass die Kinderehe in Kambia, Koinadugu, Port Loko und Tonkolili am weitesten verbreitet ist. 30 % der Mädchen heiraten Berichten zufolge, bevor sie 18 Jahre alt sind (FH 25.4.2024; vgl. USDOS 23.4.2024), und 9 % heiraten vor dem 15. Lebensjahr. Indes heiraten 7 % der Burschen vor dem 18. Lebensjahr (FH 25.4.2024). Ein Gesetz, das die Kinderheirat verbietet, wurde von Sierra Leones Präsident Julius Maada Bio Anfang Juli 2024 unterzeichnet. Fatima Maada Bio, die First Lady von Sierra Leone, hat sich mit ihrer Kampagne "Hands Off Our Girls" für die Gesetzgebung eingesetzt (IPS 11.6.2024). Diese Initiative befasste sich mit der Kinderehe und der Reduzierung der Teenager-Schwangerschaft (FH 25.4.2024).

Im April 2023 verabschiedete das Parlament den Basic and Senior Secondary Education Act 2023, der es Eltern oder Erziehungsberechtigten verbietet, ihre Kinder nicht in die Schule zu schicken. Zudem verbietet das Gesetz körperliche Züchtigung sowie eine Diskriminierung in Bezug auf die Zulassung zu oder die Behandlung in Schulen. Das Gesetz sieht auch einen besseren Zugang zum Schulunterricht für schwangere Mädchen vor (AI 24.4.2024).

Das Gesetz verbietet Kindesmissbrauch, einschließlich des sexuellen Missbrauchs. Die Regierung setzt das Gesetz effektiv durch, und die Behörden nehmen Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern im Allgemeinen ernster als Fälle von Vergewaltigungen von Erwachsenen. Die Family Support Unit (FSU) der Polizei und die DHRMGs (District Human Rights Monitoring Groups) haben gemeldet, dass Eltern von Kindern, die von sexuellen Übergriffen betroffen waren, oft eher eine Zahlung akzeptieren, anstatt Täter vor Gericht zu bringen. Die FSU hat im Jahr 2024 einen Anstieg von Fällen sexueller Übergriffe auf Kinder gemeldet (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz kriminalisiert die sexuelle Ausbeutung und den Verkauf, das Anwerben, das Anbieten oder den Gebrauch von Kindern zum Zwecke der Ausbeutung, den sexuellen Kinderhandel und

Kinderpornografie. Die Durchsetzung dieses Gesetzes bleibt problematisch, die Zahl der Verurteilungen ist gering (USDOS 23.4.2024). Der Mangel an Unterkünften für gefährdete Kinder behindert den Kampf gegen Kinderarbeit. Im Juli 2023 wurde in einem Bericht der African Programming and Research Initiative to End Slavery festgestellt, dass der Kinderhandel in der Nordwest-Region zugenommen hat. 34 % der 5-17-Jährigen im Bezirk Kambia waren demnach von Kinderhandel betroffen, während etwa 40 % Kinderarbeit verrichten mussten (AI 24.4.2024).

Quellen:

- AI - Amnesty International (24.4.2024): Der Zustand der Menschenrechte der Welt; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/de/document/2107963.html>, Zugriff 20.2.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- IPS - Inter Press Service (11.6.2024): New Law Prohibiting Child Marriages in Sierra Leone Lauded, https://www.ipsnews.net/2024/07/new-child-marriages-cohabitation-with-a-child-law-in-sierra-leone-lauded/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=new-child-marriages-cohabitation-with-a-child-law-in-sierra-leone-lauded, Zugriff am 27.11.2024
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

17.3. Homosexuelle/Sexuelle Minderheiten

Sexuelle Minderheiten werden diskriminiert und ihre Rechte werden vernachlässigt (BS 2024). Es kommt zu Diskriminierung bei der Beschäftigung und beim Zugang zur Gesundheitsversorgung, und Angehörige sexueller Minderheiten sind mitunter Gewalt ausgesetzt (FH 25.4.2024). Ein Gesetz aus der Kolonialzeit kriminalisiert gleichgeschlechtliche sexueller Handlungen zwischen Männern (FH 25.4.2024; vgl. USDOS 23.4.2024), aber das Gesetz wird nicht durchgesetzt. Männer müssen sich nicht dafür fürchten, verhaftet zu werden, die Akzeptanz der Polizei gegenüber Aktivitäten von Angehörigen sexueller Minderheiten ist gestiegen. Es gibt kein gesetzliches Verbot sexueller Handlungen zwischen Frauen (USDOS 23.4.2024).

Im Allgemeinen stiftet die Polizei nicht zu Gewalt oder Belästigung gegen Angehörige sexueller Minderheiten an oder verübt oder duldet diese. Die Polizei missbraucht oder belästigt im Allgemeinen auch diejenigen nicht, die Misshandlungen melden. Allerdings zögert die Polizei dabei, zu handeln. Aktivisten für die Rechte von Angehörigen sexueller Minderheiten berichten von Gewalt und Erpressung. Es gibt keine Berichte darüber, dass gegen staatliche oder nichtstaatliche Akteure, die an Gewalt oder Misshandlung von Angehörigen sexueller Minderheiten beteiligt waren, ermittelt worden ist oder diese verurteilt worden sind (USDOS 23.4.2024).

Die Diskriminierung durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Ausdruck oder Geschlechtsmerkmale ist nicht gesetzlich verboten. Sexuelle Minderheiten sehen sich einer weit verbreiteten Diskriminierung in den Bereichen Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Bildung, Beschäftigung, Familienleben und Polizeiarbeit ausgesetzt. Die Regierung unternimmt nur eingeschränkt Anstrengungen, um Diskriminierung und

Voreingenommenheit gegen Angehörige sexueller Minderheiten zu bekämpfen (USDOS 23.4.2024).

Die NGO Dignity Association berichtete, dass Angehörige sexueller Minderheiten beim Zugang zu Gesundheitsdiensten diskriminiert werden und sich zumeist entscheiden, keine medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen, um nicht das Risiko einzugehen, dass ihr Recht auf Vertraulichkeit verletzt und ihre sexuelle Orientierung aufgedeckt wird. Laut der NGO führen patriarchale Einstellungen zu sozialer Diskriminierung, sowohl in der allgemeinen Bevölkerung als auch innerhalb der Gemeinschaft sexueller Minderheiten (USDOS 23.4.2024).

Vergewaltigungen von weiblichen Angehörigen sexueller Minderheiten ist üblich. Aktivisten haben festgestellt, dass „korrigierende“ Vergewaltigungen zu den häufigsten Übergriffen gegen lesbische, bisexuelle und queere Frauen gehören (USDOS 23.4.2024).

Das Gesetz schränkt die Rechte von Personen nicht ein, sich zu den Menschenrechten von Angehörigen sexueller Minderheiten äußern. Organisationen der sexuellen Minderheiten hingegen behaupten, dass das Gesetz, da es sexuelle Aktivitäten zwischen Männern verbietet, sexuelle Minderheiten in der Ausübung ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung einschränkt (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report, Sierra Leone, <https://bti-project.org/en/reports/country-dashboard/SLE>, Zugriff 20.2.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

18. Bewegungsfreiheit

Verfassung und Gesetze sehen Bewegungsfreiheit im Inland, Auslandsreisen, Auswanderung und Wiedereinbürgerung vor. Die Regierung respektiert diese Rechte im Allgemeinen (USDOS 23.4.2024; vgl. FH 25.4.2024). Dennoch kann es auch zu Behinderungen des Reiseverkehrs kommen (EDA 31.5.2024). Demgegenüber sah sich der APC-Präsidentschaftskandidat Kamara, während der einmonatigen Wahlkampfzeit Bewegungseinschränkungen ausgesetzt (FH 25.4.2024).

Nach dem Putschversuch im November 2023 wurde für drei Wochen eine nächtliche Ausgangssperre verhängt (FH 25.4.2024). Zudem kommt es vor, dass es vorübergehend zur kurzfristigen Schließung der Grenzübergänge kommt, z.B. um die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern (EDA 31.5.2024).

Quellen:

- EDA - Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [Schweiz] (31.5.2024): Reisehinweise für Sierra Leone, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/sierra-leone/reisehinweise-fuersierraleone.html>, Zugriff 27.11.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025

19. Grundversorgung und Wirtschaft

Sierra Leone zählt zu den ärmsten Staaten weltweit (ABG 8.2024). Die Inflationsrate betrug im Jahr 2023 47,64 % (LI 2.2025a). Die hohe Inflation, die zu einer starken Erhöhung der allgemeinen Lebenshaltungskosten (insbesondere bei Lebensmitteln und Kraftstoffen) geführt hat, ist zuletzt wieder gesunken (AA 23.1.2025). Die Lebensmittel- und Kraftstoffpreise bleiben hoch (AI 24.4.2024; vgl. ABG 8.2024) und die Inflationsrate überschritt im August 2023 50 % (AI 24.4.2024). Aufgrund des starken Kaufkraftverlustes in den letzten beiden Jahren steht ein großer Teil der Bevölkerung unter hohem wirtschaftlichen Druck, der zu spontanen, auch gewalttätigen Protesten führen kann (AA 23.1.2025). Die Abhängigkeit von Lebensmittel- und Treibstoffimporten ist groß (ABG 8.2024).

Der Bergbausektor ist die wichtigste Einnahmequelle, allerdings ist der Großteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Landwirtschaft steht im Fokus des laufenden nationalen Entwicklungsplans. Bisher ist die Subsistenzwirtschaft vorherrschend, Holz und Kakao gehen in den Export. Eine kleine Industriezone ist in der Hauptstadt Freetown angesiedelt. Die Nahrungsmittelproduktion vor Ort soll ausgeweitet werden; für die Finanzierung vieler Projekte sorgen internationale Geber (ABG 8.2024).

Sierra Leone hat bedeutende Bauxit-, Diamanten-, Eisenerz-, Rutil- und Titanvorkommen. In den letzten Jahren konnte der Bergbausektor zulegen. Wachstumsimpulse gab es zuletzt auch in den Bereichen Mobilfunk und Tourismus (ABG 8.2024).

In der Infrastruktur herrscht nach wie vor ein großes Defizit. Impulse kommen aus dem Energiesektor, der mittels Gebern massiv ausgebaut werden soll (ABG 8.2024). Strom ist knapp und teuer, häufig kommt es zu Stromausfällen. Nun sollen das Netz und die Erzeugungskapazitäten mit Gebermitteln massiv erweitert werden. Lediglich 30 % der Bevölkerung hat Zugang zu Strom, davon etwa 55 % der urbanen Bevölkerung und nur 5 % der Landbevölkerung. Trotz hoher Subventionierung hat Sierra Leone die höchsten Stromtarife in der Region. Das Land gehört dem West African Power Pool (WAPP) an, dem gemeinsamen Stromverbund der Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Der Strombedarf kann durch die inländische Stromproduktion bislang nicht gedeckt werden, Branchenkenner schätzen die Versorgungslücke auf rund 25 Prozent. Sierra Leone importiert deshalb Strom aus Côte d'Ivoire (GTAI 28.8.2024). Aktuell baut Siemens Energy an einem 83

Megawatt großen Gas- und Dampf-Kombikraftwerk (ABG 8.2024). Sierra Leone verfügt auch über gute Bedingungen für erneuerbare Energien (ABG 8.2024; vgl. GTAI 28.8.2024). Diese machen bereits heute einen relativ hohen Anteil von 45 % am Strommix aus (ABG 8.2024; vgl. GTAI 28.8.2024). Die Regierung strebt einen Anteil von Erneuerbaren am Strommix von 85 % bis 2030 an (GTAI 28.8.2024).

Die Ernährungsunsicherheit ist weit verbreitet. Im April 2023 schätzte ein Bericht des Welternährungsprogramms, dass im Februar 78 % der Bevölkerung von einer unsicheren Ernährungslage betroffen waren, während 20 % der Haushalte von einer schweren Ernährungsunsicherheit betroffen waren. Die Weltbank hat Sierra Leone wiederholt als eines der zehn Länder mit der höchsten Lebensmittelpreisinflation eingestuft. Im Oktober 2023 rief der Präsident das Programm "Feed Salone" ins Leben, um die landwirtschaftliche Produktivität, die Exporteinnahmen aus dem Anbau und die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu steigern. Darüber hinaus soll die Initiative Kleinbauern mit technischer und finanzieller Hilfe unterstützen und private Investitionen in die landwirtschaftliche Infrastruktur fördern (AI 24.4.2024).

Im Jahr 2023 betrug die Arbeitslosenquote (15-64 Jahre) 3,2 %, die Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre) 3,5 % (WKO 2.2025). Das durchschnittliche Monatseinkommen beträgt 67 Euro (LI 2.2025a).

Quellen:

- AA - Auswärtiges Amt [Deutschland] (23.1.2025): Sierra Leone: Reise- und Sicherheitshinweise, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/sierraleone-node/sierraleonesicherheit-203500>, Zugriff 19.2.2025
- ABG - Africa Business Guide (8.2024): Wirtschaft in Sierra Leone, <https://www.africa-business-guide.de/de/maerkte/sierra-leone>, Zugriff 3.3.2025
- AI - Amnesty International (24.4.2024): Der Zustand der Menschenrechte der Welt; Sierra Leone 2023, <https://www.ecoi.net/de/document/2107963.html>, Zugriff 20.2.2024
- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report, Sierra Leone, <https://bti-project.org/en/reports/country-dashboard/SLE>, Zugriff 20.2.2024
- FH - Freedom House (25.4.2024): Freedom in the World 2024 - Sierra Leone, 2024 <https://www.ecoi.net/en/document/2108067.html>, Zugriff 19.2.2025
- GTAI - Germany Trade & Invest (28.8.2024): Sierra Leone will Stromsektor ausbauen, <https://www.gtai.de/de/trade/sierra-leone/branchen/sierra-leone-will-stromsektor-ausbauen-1814856>, Zugriff 3.3.2025
- LI - Laenderdaten.info (2.2025a): Kennziffern der Wirtschaft in Sierra Leone, <https://www.laenderdaten.info/Afrika/Sierra-Leone/wirtschaft.php>, Zugriff 3.3.2025
- WKO - Wirtschaftskammer Österreich[Österreich] (2.2025): Länderprofil SIERRA LEONE, <https://www.wko.at/statistik/laenderprofile/lp-sierra-leone.pdf>, Zugriff 3.3.2024

20. Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung entspricht nicht dem europäischen Standard (AA 19.6.2024; vgl. BMEIA 24.9.2024) und ist nur beschränkt gewährleistet (EDA 31.5.2024). Dennoch kann durch die medizinische Versorgung die Sterblichkeit wesentlicher, bekannter Krankheiten weitestgehend reduziert werden. So sterben nach aktuellem Stand nur etwa 24 % aller Menschen, die an Krebs,

Diabetes, Herz-Kreislaufkrankungen oder der Chylomikronen-Retentions-Krankheit (CRD) leiden (LI 2.2025b).

Schwere Erkrankungen und Verletzungen müssen im Ausland (Europa) behandelt werden (BMEIA 24.9.2024; vgl. EDA 31.5.2024, AA 19.6.2024). Außerhalb der großen Zentren fehlt vielerorts medizinisches Fachpersonal (AA 19.6.2024). Krankenhäuser verlangen vor Behandlungen eine finanzielle Garantie (Vorschusszahlung) (EDA 31.5.2024). Mit insgesamt nur 615 ausgebildeten Ärzten stehen pro 1.000 Einwohner rund 0,07 Ärzte zur Verfügung (LI 2.2025b). Notfall- und Basisversorgung ist in den großen staatlichen Krankenhäusern sowie etlichen Privatkliniken gewährleistet. Die Apotheken haben ein ausreichendes Sortiment wichtiger Standardmedikamente. Medikamentenfälschungen mit unsicherem Inhalt kommen vor (AA 19.6.2024).

Im ganzen Land gibt es nur eine einzige stationäre psychiatrische Einrichtung. Die Nationale Kommission für Menschen mit Behinderungen ist chronisch unterfinanziert, ebenso wie die wenigen bestehenden Altenheime (BS 2024).

Im Moment liegt die allgemeine Lebenserwartung für Männer bei 59,1 und für Frauen bei 61,7 Jahren. Insgesamt wird pro Einwohner eine Summe von 39,92 Euro veranschlagt, die jährlich auf Staatskosten für gesundheitliche Maßnahmen ausgegeben wird (LI 2.2025b).

Quellen:

- AA - Auswärtiges Amt [Deutschland] (19.6.2024): Sierra Leone: Reise- und Sicherheitshinweise, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/sierraleonesicherheit/203500>, Zugriff 27.11.2024
- BMEIA - Bundesministerium für Europäische und internationale Angelegenheiten [Österreich] (24.9.2024): Reiseinformationen Sierra Leone, <https://www.bmeia.gv.at/reise-services/reiseinformation/land/sierra-leone/>, Zugriff 27.11.2024
- BS - Bertelsmann Stiftung (2024): BTI 2024 Country Report, Sierra Leone, <https://bti-project.org/en/reports/country-dashboard/SLE>, Zugriff 20.2.2024
- EDA - Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [Schweiz] (31.5.2024): Reisehinweise für Sierra Leone, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/sierra-leone/reisehinweise-fuersierraleone.html>, Zugriff 27.11.2024
- LI - Länderdaten.info (2.2025b): Gesundheitswesen in Sierra Leone, <https://www.laenderdaten.info/Afrika/Sierra-Leone/gesundheit.php>, Zugriff 3.3.2025

21. Rückkehr

Die Regierung arbeitet mit dem UNHCR und anderen humanitären Organisationen zusammen, um Flüchtlingen, zurückkehrenden Flüchtlingen oder Asylbewerbern sowie anderen vulnerablen Personen Schutz und Hilfe zu gewähren. Das Gesetz sieht die Gewährung von Asyl oder Flüchtlingsstatus vor, und die Regierung hat ein System zum Schutz von Flüchtlingen eingerichtet (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- USDOS - US Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Report on Human Rights Practices, Sierra Leone, <https://www.ecoi.net/en/document/2107719.html>, Zugriff 19.2.2025